

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, ruft zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in den Schulen auf.

Seite 1/2

Erwin Lange MdB/MdEP, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, rügt die Agrarlastigkeit des EG-Haushalts.

Seite 3/4

Paul Neumann MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, fordert die Opposition zu sachlicher Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Probleme der Bundeswehr auf.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

34. Jahrgang / 217 / 12. November 1979

Makabre "Nebenprodukte" der Hitlerwelle

Pseudowissenschaftliche Machwerke provozieren den Jugendschutz

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Seit 1977 ist als ein besonders makabres "Nebenprodukt" der sogenannten "Hitler-Welle" erneut eine zunehmende öffentliche Verbreitung von Medien mit kriegsverherrlichendem oder -verharmlosendem Inhalt und mit Beiträgen der NS-Propaganda zu beobachten. Außerdem hat eine Reihe rechtsextremistischer Buchverlage und Vertriebsdienste in letzter Zeit die Verbreitung von NS-Literatur, -Tonträgern, -Filmen und sonstigen einschlägigen Artikeln intensiviert. Ende 1978 waren 44 selbständige Verlags- und Vertriebsunternehmen im Bundesgebiet bekannt, die eine gesteigerte Nachfrage nach solchen Medien zu verzeichnen haben. Bei den von solchen "Unternehmen" verbreiteten Schriften sind unter dem Aspekt des Jugendschutzes insbesondere diejenigen von Bedeutung, in denen rassistische Tendenzen verfolgt werden. Es handelt sich hier zum Beispiel um pseudowissenschaftliche Machwerke, in denen die Ermordung von Millionen Juden im Rahmen der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" geleugnet und als ein von den Juden zur "Erpressung von Wiedergutmachungsleistungen lancierter Betrug" dargestellt wird.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat auf die neue und im Vergleich zur Situation in den 60er Jahren stärkere und ernster zu nehmende "Welle" der Verbreitung kriegs- und NS-verherrlichender Medien reagiert:

- Von Anfang 1978 bis heute hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit bei der Bundesprüfstelle 21 Indizierungsanträge zu Schriften und Schallplatten mit Beiträgen der NS-Propaganda gestellt. In 20 Fällen hat die



Bundesprüfstelle antragsgemäß indiziert. In einem Fall steht die Entscheidung noch aus. Einige Indizierungen wurden von den Verlagen beim Verwaltungsgericht angefochten. Die Anträge auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung der Indizierungen wurden vom Gericht abgelehnt; über die Klagen ist noch nicht entschieden.

- Außerdem hat der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Februar 1978 und im März 1979 die ebenfalls antragsberechtigten obersten Jugendbehörden der Länder angeschrieben und gebeten, die Marktbeobachtung und Antragstätigkeit auf dem Gebiet der NS-Schriften zu intensivieren. Die Länder haben dies zugesagt und ihrerseits bisher 14 Indizierungsanträge zu solchen Medien gestellt.
- Schließlich habe ich mit Verordnung vom 5. Mai 1978 (BGBl. I, S. 607) allen Jugendämtern und Landesjugendämtern im Bundesgebiet die Antragsbefugnis nach dem Gesetz über Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GJS) verliehen. Die dadurch bewirkte Dezentralisierung der Antragsbefugnis soll eine bessere Marktbeobachtung ermöglichen und dazu beitragen, auch die Verbreitung von jugendgefährdenden NS-Schriften und Tondokumenten bundesweit mit den Mitteln des GJS noch wirksamer einzudämmen. Bisher haben die Jugendämter 20 Anträge zu solchen Medien gestellt. Man darf erwarten, daß die Jugendämter nach Überwindung der teilweise noch immer bestehenden Anlaufschwierigkeiten von ihrem Antragsrecht in Zukunft Gebrauch machen werden.

Es erscheint notwendig, in Zukunft für eine striktere Einhaltung der durch die Indizierung bewirkten Verbote zu sorgen. Dies erfordert eine intensivere Kontrolle durch Jugendbehörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Denn gerade auf dem hier angesprochenen Gebiet des Jugendschutzes wäre es unverantwortlich, wenn sich das GJS in der Praxis als "stumpfe Waffe" herausstellen würde.

Die Bundesregierung hat wiederholt - zuletzt in der Antwort auf die Kleine Anfrage zum Rechtsextremismus - betont, daß sie - unbeschadet der Ausschöpfung der durch das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und das Strafgesetzbuch gegebenen Instrumente - einer geistigen Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wirkungen des Nationalsozialismus als Mittel zur Bekämpfung des politischen Extremismus vorrangige Bedeutung zumißt. Nach Meinung der Bundesregierung müssen dahingehende Bemühungen verstärkt fortgesetzt und insbesondere in den Schulen vermehrte Anstrengungen unternommen werden, um den Schülern die Fähigkeit zu vermitteln, die aus politisch-extremistischen Bestrebungen resultierenden Gefahren zu erkennen. Es ist daher zu begrüßen, daß die Deutsche Kultusministerkonferenz am 20. April 1978 beschlossen hat, die Wissenslücken durch einen besseren Geschichtsunterricht in den Schulen auch über die jüngste Vergangenheit zu schließen. Insbesondere sollen die wesentlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus im Rahmen dieses Unterrichts aufgezeigt werden. Diese Forderung erscheint umso berechtigter angesichts eines "historischen Analphabetismus bestürzenden Ausmaßes", der heute bei sehr vielen jungen Menschen festzustellen ist, die das NS-Regime nicht aus eigener Erfahrung kennen. Im Hinblick darauf muß die Reaktion mit den Mitteln des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften auf die zunehmende Verbreitung von NS-Propagandaschriften nur als notwendige flankierende Maßnahme zu den Bemühungen um eine geistig-politische Auseinandersetzung verstanden werden.

(-/12.11.1979/bgy/hgs)

+ + +



Bessere Gewichtsverteilung notwendig

Es geht um die Lebensfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft

Von Erwin Lange MdB/MdEP

Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

In den Tagen vom 5. bis 7. November hat sich das Europäische Parlament mit dem Haushaltsentwurf des Rates für das Jahr 1980 beschäftigt. Der Rat hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, bei dem die Zahlungsermächtigungen - also Mittel, die für das laufende Jahr zur Verfügung gestellt werden - sich auf rund 14.596 Millionen Europäische Rechnungseinheiten (ERE cirka 2,50 DM), die Verpflichtungsermächtigungen - also die Mittel, die in laufenden Haushaltsjahr für künftige Haushaltsjahre festgelegt werden können - auf 15.670 Millionen ERE belaufen. Die Zahlen der Kommission im Vorentwurf für den Haushalt 1980, den sie dem Rat und dem Parlament zugeleitet hat, sehen folgendermaßen aus: Rund 16 Milliarden ERE Zahlungsverpflichtungen und rund 17.600 Millionen ERE Verpflichtungsermächtigungen. Die Entscheidungen des Parlaments vom 7. November bringen folgende Zahlen: Zahlungsermächtigungen rund 14.900 Millionen ERE, Verpflichtungsermächtigungen 17.500 Millionen ERE.

Die Beratungen des Parlaments haben unter einem schlechten Stern gestanden. Dieser schlechte Stern waren die Agrarpreisbeschlüsse des Rates aus dem Sommer dieses Jahres. Diese Agrarpreisbeschlüsse verlangen für das Haushaltsjahr 1979 noch einen Nachtragshaushalt in Höhe von rund 800 Millionen ERE. Damit hat der Rat den Spielraum, den die Eigenmittel der Gemeinschaft für politische Bereiche außerhalb der Agrarpolitik geben, weiter eingeengt. Noch einmal ein ähnlicher Preisbeschluß im Jahre 1980 - und die Eigenmittel der Gemeinschaft werden durch die Agrarpolitik erschöpft.

Mit dieser Sachlage mußte sich das Parlament auseinandersetzen. Das Parlament hat nicht zittern gelassen und ist auch künftig nicht bereit hinzunehmen, daß ausschließlich die agrarpolitischen Beschlüsse des Rates mit den Mitteln der Gemeinschaft finanziert werden. Das Parlament ist vielmehr der Meinung, daß auf einer Reihe anderer politischer Felder Aktivitäten entwickelt werden, die den Bestand der Gemeinschaft weiter festigen und ihre Handlungsfähigkeit weiter steigern. Diese Felder sind

- mittel- und langfristige Wirtschaftspolitik, das heißt Strukturpolitik oder wie diese auch in der Europäischen Gemeinschaft genannt wird: Industriepolitik,
- Sozialpolitik, einschließlich Arbeitsmarktpolitik zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung,
- Regionalpolitik mit dem Ziele der Beseitigung oder weitgehender Beseitigung ökonomischer und sozialer Unterschiede innerhalb der Gemeinschaft,
- Hilfe für die Entwicklungsländer, gleichgültig ob sie mit der Gemeinschaft assoziiert oder nicht assoziiert sind, um einen Beitrag zur Befriedigung der Welt insgesamt zu leisten.

Diese Überlegungen stehen hinter den Beschlüssen des Parlaments. Um in entsprechender Weise vorgehen zu können, ist das Parlament der Auffassung, daß in der gegenwärtigen finanziellen Enge, herbeigeführt durch die Agrarpreisbeschlüsse des Rates, die Agrarpolitik verändert werden muß, um den finanziellen Anteil dieses politischen Bereiches, der fast 75 Prozent des Haushaltsentwurfes des Rates ausmacht, zurückzudrängen, das heißt zu einer vernünftigen finanziellen und politischen Gewichtsverteilung in der Gemeinschaft zu gelangen.

Diese bessere Gewichtsverteilung ist nach Meinung des Parlamentes nur dann zu erreichen, wenn die unerfreuliche Überschußproduktion auf gewissen Sektoren der Landwirtschaft ge-



dämpft oder gar aufgehalten werden kann. Das Parlament ist sich der Tatsache bewußt gewesen, daß es über den Haushalt der Gemeinschaft nicht unmittelbar zu einer Veränderung der Agrarpolitik beitragen kann. Es hat aber immerhin eine Möglichkeit darin gesehen, gewisse Mittel aus dem Agrarfonds, Abteilung Garantie, herauszunehmen und sie in die finanzielle Reserve des Haushaltes einzustellen, um dann mit Hilfe agrarwirtschaftlicher Strukturpolitik zu Produktionsveränderungen zu gelangen.

Diesen Versuch hat das Parlament auf dem Milchsektor unternommen. Es hat rund 280 Millionen ERE den Mitteln für die Lagerhaltung von Milcherzeugnissen weggenommen, um sie über die Reserve, wie schon erwähnt, der Strukturpolitik auf dem Milchsektor hinzuzufügen. Außerdem hat das Parlament einen Beschluß herbeigeführt, der die Mitverantwortung der Milcherzeuger für den Milchmarkt durch eine Mitverantwortungsabgabe herbeiführen soll.

Ganz deutlich ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß das Parlament nicht die Absicht hat, Einkommeneinbußen bei den kleineren und mittleren Betrieben herbeizuführen. Es sollen in Sonderheit die industriellen Milcherzeuger zur Mitverantwortungsabgabe herangezogen werden. Diese politischen Absichten des Parlamentes oder seiner Mehrheit werden uneingeschränkt von der Kommission der Gemeinschaft unterstützt.

Es ist nun am Rat, auch seinerseits entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen und zu einer Agrarpolitik zu kommen, durch die die Kosten für die Lagerhaltung der Marktordnungswaren auf ein vernünftiges Maß zurückgeschraubt werden. Es ist völlig unerträglich nach der Meinung des Parlamentes, und diese Meinung wird auch von verschiedenen Regierungschefs der Mitgliedsländer geteilt, daß fast drei Viertel der Mittel, die im europäischen Haushalt eingestellt sind, für die Landwirtschaft ausgegeben werden und davon wiederum rund 40 Prozent für die Lagerhaltung auf dem Milchsektor.

Das Parlament hat dem Rat ein Signal gegeben, die Entscheidungen des Parlaments sind dem Rat zugeleitet worden. Der Rat kann sich jetzt mit den Parlamentsbeschlüssen befassen und muß seinerseits den Beweis dafür erbringen, daß es allen, die sich in der politischen Auseinandersetzung um die Wahl zum Europäischen Parlament über die Unerträglichkeit der Agrarüberschußproduktion geäußert haben, ernst gewesen ist. Der Rat muß auch der europäischen Öffentlichkeit zeigen, daß er den Willen hat, die Gemeinschaft, die bisher zum Wohle aller ihrer Teile gewirkt hat, weiterzuentwickeln. Sollte er das Signal des Parlaments übersehen, wird die gemeinsame Agrarpolitik, die bisher eine der entscheidenden Grundlagen und Stützen der Gemeinschaft gewesen ist, zu einem zerstörenden Element. Und dieses kann wohl niemand wollen. Es ist jetzt am Rate, entsprechend zu handeln.

(-/12.11.1979/ks/hgs)

+ + +



Ein Schlaginstrument?

Anmerkungen zu de Maizière's Bundeswehr-Bericht

Von Paul Neumann MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Der vom ehemaligen Generalinspekteur de Maizière und der Sachverständigenkommission vorgelegte Bericht über "Führungsfähigkeit und Entscheidungsverantwortung in den Streitkräften" wird allseits als eine hervorragende Untersuchung der Probleme und Sorgen in den deutschen Streitkräften empfunden. Verteidigungsminister Apel hat bereits die Konsequenzen angekündigt, die er aus diesem Bericht zieht. Es ist nun die Frage, wie die Verteidigungspolitiker des Parlaments reagieren wollen.

Die von allen Parteien geprägte Formel, daß es für den Bereich der Bundeswehr gilt, Gemeinsamkeit zu finden, ist zwar von Seiten der Opposition oft gesagt worden, bei konkreten Anlässen wie diesem wird jedoch wiederum klar, daß die Formel leer ist. Wie sieht die Reaktion auf Seiten der CDU/CSU aus? Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dr. Wörner, sieht den Bericht (natürlich) als Bestätigung der Oppositionsvorschläge der vergangenen Jahre - sogar "bis ins Detail" - und unterstellt dem Verteidigungsminister, daß er wenig von der Problematik begriffen hat. Für den zweiten verteidigungspolitischen Sprecher der Opposition, Willi Weiskirch, kommt der Bericht schlicht einer "Bankrotterklärung sozialdemokratisch verantwortlicher Soldatenführung gleich". Wenn Herr Wörner noch dazu meint, dieser kritische Bericht werde das "Gesangbuch" der Opposition werden, muß alle Hoffnung enden, daß eine gemeinsame Anstrengung aller Verteidigungspolitiker den Soldaten und Zivilbediensteten der Bundeswehr Hilfe bringen wird. Aus den 156 Seiten des Berichts wird "vorgesungen" werden und das knapp ein Kilo schwere Druckwerk wird als Schlaginstrument benutzt.

Zur Frage der Situation der Bundeswehr sei der wohl treffendste Satz aus dem Gutachten zitiert:

"Die Summe aller Aufgaben hat sich zu einem Ausmaß an Forderungen und Ansprüchen an die Truppe entwickelt, das nicht mehr so erfüllt werden kann, wie es das Prinzip von Befehl und Gehorsam verlangt. Seit Beendigung der Aufbauphase der Bundeswehr hat sich das Dilemma schrittweise verschärft. Immer mehr Aufgaben müssen mit gleichen, oft sogar geringeren Mitteln erfüllt werden. Der Truppe fehlt es an einer klaren Festlegung von realisierbaren Prioritäten."

Zunächst ist offensichtlich, daß diese zentrale Aussage überhaupt nicht geeignet ist, als Zeigefinger für die Opposition herzuhalten; der Bundeswehr ist außerdem damit in keiner Weise geholfen. Zur Abhilfe ist eine Anstrengung erforderlich, die zentrale Fragen deutscher Verteidigungspolitik berührt und die, nicht wie Herr Wörner meint, mit zusätzlichen 2.000 Schüler-Etat-Stellen bereits erledigt ist. Die Kommission hat empfohlen, Auftrag und Mittel der Streitkräfte zu überprüfen mit den zwei Alternativen, entweder die Mittel zu verstärken oder die Aufgaben und Aufträge zu reduzieren. Diese Aussage ist so ernst, daß sie die Opposition bewegen sollte, ohne Parteipolemik zu gemeinsamer Arbeit im Verteidigungsausschuß bereit zu sein. Diese Aussage zeigt aber auch, daß hier eine politische Fragestellung vorliegt, der sich der Verteidigungsausschuß in ernsthafter und verantwortungsvoller Weise stellen muß.

Die Streitkräfte warten jetzt auf eine politische Antwort. Wenn die Verteidigungspolitiker der Union fortfahren, diesen Bericht nur als parteipolitisches Schlaginstrument zu benutzen, werden die Soldaten und Zivilbediensteten von der Opposition sicherlich enttäuscht sein; bei Problemen helfen keine Gefechte zwischen den Problemgegnern.

(-/12.11.1979/bgy/hgs)

